

# Deutschland Ahoi!

## Aussendung von Wilfried Müller vom 12.11.2021

Für die Migrationswilligen ist derzeit kaum ein Durchkommen in die EU. Das liegt daran, dass Griechenland die Immigranten aus der Türkei abwehrt, auch Bulgarien hat die Grenze zur Türkei für Immigranten dichtgemacht, Kroatien die Grenze zum (Nicht-EU-Land) Bosnien-Herzegowina, Ungarn die Grenze zu Serbien usw. Dasselbe gilt für Spanien, das in Ceuta und Melilla Immigranten abwehrt, und in Italien, das die Schleuser bzw. Seenotretter aus dem Mittelmeer nur widerwillig aufnimmt.

An der Grenze zwischen Polen und Weißrussland wird derzeit ausgetestet, wie sich die EU zu weiterer Aufnahme von Immigranten erpressen lässt. Weißrussland schafft sie per Charter heran, (zumeist deutsche) Schlepper stehen bereit für den weiteren Weg nach Deutschland, nur Polen weigert sich, die Migranten herein- und durchzulassen. Weiterhin werden viele Länder von der EU dafür bezahlt, dass sie Migranten zurückhalten, die Türkei, Libyen, Marokko, Gambia, nur Polen nicht.

Dem steht die offizielle Agenda der EU entgegen, dass Migration nicht behindert werden soll, sondern eher unterstützt gehört. Dieser Text soll einen Beitrag zur Aufklärung der Widersprüche liefern. Er soll die Hintergründe skizzieren und eine Vorausschau von dem liefern, wie Deutschland damit umgehen könnte.

### UN-Migrationspakt

Die offizielle Haltung der EU ist durch den UN-Migrationspakt umrissen. Der wurde unter Führung der deutschen Merkel-Regierung entwickelt und 2018 verabschiedet, allerdings nicht verbindlich, sondern als Absichtserklärung. Der wesentliche Inhalt ist, dass nicht mehr zwischen Flüchtlingen und Vorteilssuchenden unterschieden wird, sondern dass der Grund für die Migration keine Rolle mehr für die Behandlung der Migranten spielen soll. Kein Flüchtling ist illegal, heißt das Credo, jeder kann hingehen, wo er will, alle sollen überall dieselben Rechte haben. Die Vorteilssuchenden werden also gleichgestellt mit Kriegsflüchtlingen und Verfolgten. Als passende Gründe werden auch Flucht vor insuffizienten Staatsverhältnissen oder Klimaflucht angeboten.

Die neue deutsche Regierung hat sich noch nicht dazu positioniert, wie auch das ganze Thema im Wahlkampf tabuisiert war. Wenn man von den Parteiprogrammen ausgeht, stehen Grüne und SPD dafür, den UN-Migrationspakt umzusetzen. Die Grünen wollen den unverbindlichen Migrationspakt *expressis verbis* in verbindliches deutsches Recht umwandeln, sie wollen den Begriff *Einwanderungsgesellschaft* als Staatsziel im Grundgesetz verankern, und sie fordern, dass *Menschen, die hier leben*, schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen sollen, egal welchen Status sie haben. Die FDP steht eher dafür, jährlich ein paar hunderttausend billige Arbeitskräfte hereinzulassen, was sie zwar nicht ins Programm geschrieben hat, was aber von einem FDP-Vertreter öffentlich gefordert wurde.

### Innerer Widerspruch

**Die Frage ist nun, was wird aus diesen Absichten, wenn konkret immer neue Menschen an den EU-Grenzen auftauchen?** Die EU versucht von Brüssel her, möglichst viele hereinzuholen, und von den Einzelstaaten her versucht sie das Gegenteil, also alle wegzuhalten. In Brüssel wird daran gearbeitet, Vorteilssuchende (rent seeker, die in Schlepper investieren, um im Zielland zu profitieren) gleichzustellen mit Schutzsuchenden, Asylsuchenden, Gestrandeten und Menschen in Not. Die Begriffsverwirrung wird auch dadurch kultiviert, dass die Medien vorzugsweise von *Flüchtenden* sprechen und Bilder von Kindern und Familien vorzeigen, während real vor allem junge männliche Vorteilssuchende kommen.

Dabei wird der Widerspruch zwischen der EU-Ideologie und dem Mitgliedsstaaten-Realismus durch eine merkwürdige Verbiegung der Moral überwunden. Wo EU-Staaten Zäune errichten, werden sie dafür kritisiert. Währenddessen wird Geld dafür ausgegeben, dass woanders hintenrum gesperrt wird. Es gibt EU-Geld für Drittstaaten, die Migranten den Weg verlegen, damit die Migranten nicht das in Anspruch nehmen können, was die EU-Agenda ihnen verheißt.

Dabei tut sich die deutsche Merkel-Agenda besonders hervor. Die geht darüber hinaus und räumt allen Asyl-Immigranten praktisch dieselben Rechte ein wie denjenigen, die nach Asyl- und GFK-Recht anerkannt werden, indem so gut wie niemand abgeschoben wird. In Deutschland ist der EU-Migrationspakt *de facto* seit 2015 realisiert, einfach durch pseudoaktivistisches Nichtstun der Verantwortlichen.

### Deutscher Alleingang

Bei Annäherung an die EU-Grenzen treten Sonderrechte in Kraft, die ungeachtet der Gesetzeslage, abhängig vom jeweiligen Medienhype, Vorzugsbehandlungen gewähren. Wohl wegen dieser Willkür nennen die Immigranten es *Game*, und das Game führt nach *German*. Natürlich ist eine Vorzugsbehandlung, die ins gemachte Nest Deutschland führt, ein Magnet für alle Migranten. Sie nehmen dafür schlimme Risiken und Entbehrungen auf sich, um das verheißene Land, *Germany, all inclusive*, zu erreichen.

Die Lage wird nicht einfacher dadurch, dass Deutschland inzwischen praktisch der letzte Staat ist, der die Ziele vom EU-Migrationspakt umsetzen will. Oder genauer gesagt, die linksgrüne deutsche Politik hat das schon gemacht, incl. Reste der Merkel-CDU (inzwischen ist einigen CDU-lern allerdings eingefallen, dass CDU eigentlich nicht für Open

Border steht). Es dürfte bloß noch darum gehen, wieviel europäischen Realismus die kommende deutsche Regierung dem Open-Border-Dogma aus dem Weg räumt. Der Zustand könnte sich nun so entwickeln, dass er ihr auf die Füße fällt.

### **Medienmacht bröckelt**

Die linksgrüne Medienmacht ist immer noch überbordend, aber es ist nicht ohne Wirkung geblieben, dass die linksgrünen Lügen reihenweise platzten (*man kann Grenzen nicht schließen; humanitäre Hilfe geht nicht vor Ort; mutwillig in Seenot Begebene gehören in die EU geschleust; es gibt keinen Pullfaktor; sie wurden nicht eingeladen; es sind alles Flüchtlinge; es sind Facharbeiter und Einzahler in die Rentenkasse; sie schaffen keine zusätzliche Kriminalität; sie integrieren sich alle; sie können in praktisch kein Land abgeschoben werden; wir haben Platz*).

In der EU-Szene werden jetzt sogar Stimmen laut, die Polen unterstützen wollen, z.B. durch Finanzierung von einem Grenzzaun. Das sind Töne, die noch vor kurzem die sofortige Verunglimpfung als Rassist und Nazi gebracht hätten. Es gibt also eine gewisse Lockerung der Tabus. Ob das in Deutschland ankommt? Ob man jetzt freier diskutieren kann? Nötig wäre es angesichts der Perspektiven.

### **Erpressungspotentiale**

Das Lukaschenko- und Erdogan-Geschäftsmodell heißt, sie instrumentalisieren Migranten zur Erpressung der EU. *Lasst sie rein, oder ihr verständigt euch an euren Idealen*. An der polnischen Grenze wird sich zeigen, wie erfolgreich das ist. Man darf wohl nicht mehr annehmen, dass die EU komplett einknickt und die Immigranten reinlässt. Aber bei der kommenden deutschen Regierung sieht das anders aus. Die könnte das im Alleingang durchziehen. Das ist das Game, auf das die Immigranten setzen.

Wenn sie ihr Game gewinnen, könnte das enorme Folgen nach sich ziehen. Dann ist der Weg für alle anderen gebahnt. Was hindert z.B. Nigeria, Schiffe voller Migranten zu schicken? In Lagos hat man Erfahrung mit Schiffen, wo man doch 1975 so viele Schiffsladungen Zement bestellte, dass die Löschkapazitäten nicht ausreichten. Als der Zement nach einiger Wartezeit hart wurde, mussten die unausgeladenen Zementschiffe versenkt werden.

Die nigerianische Expertise wird bei den deutschen Grünen benötigt - Achtung, Ironie! Die Immigranten von dort können im neuen Klimaministerium als Berater eingestellt werden. Einer gewissen Kanzlerkandidatin wäre damit gut zu helfen. Man kann ihr z.B. verklickern, wie der überflüssige Strom versenkt werden kann, den die Solar- und Windkraftwerke an Spitzentagen produzieren. Wegen der EEG-Abnahmegarantie muss dieser Strom an der Börse verkauft werden. Pardon, er muss an Kunden gegeben werden, die ihn abnehmen können, und die dafür Geld kassieren. Daher der Bedarf nach Stromversenkung, weil das Geld verkehrtherum fließt, sozusagen mit dem Strom statt dagegen. Dieses Spitzenprodukt des deutschen EEG gehört längst in die Versenkung.

### **Realisierungsmöglichkeiten**

Auch wenn der grüne Stromversenkungsversuch nur Ironie ist (hoffentlich), bleibt das Szenario mit dem nigerianischen Schiff realistisch. Der Seeweg von Afrika zur deutschen Küste ist frei. Es gibt genug Migrationswillige, die hohe Schlepperkosten aufbringen können. Schiffe gibt es genug, auch wenn die Frachtraten derzeit hoch sind. Das Willkommen in Deutschland ist gewährleistet, schließlich wollen die Grünen *faire und sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa*. Und an der Expertise nigerianischer Gesetzes-Verbieger ist nicht zu zweifeln. Die Nigeria-Connection beweist es (betrügerische Briefe aus Nigeria, mit denen dumme Anleger abgezockt wurden).

Nichts hindert die Aktivisten, mit einer Ladung Boat People in Hamburg oder Bremen anzulegen. Oder mit zwei, drei, zehn, hundert, tausend, zehntausend Ladungen. Die Bevölkerung von Nigeria vermehrt sich exzessiv, seit 1975 von 64 Millionen auf 215 Millionen. Es dürfte also reichlich Interessenten geben. Dank ihrer rotgrünen Regierungen sind Hamburg und Bremen Spitzen-Nachfrager nach Asylimmigranten. Es passt also alles zusammen. Berlin passt auch in die Reihe, und wenn es keinen Seehafen hat, so hat es doch einen Flughafen. Sobald das border hopping per Hochseeschiff etabliert ist, kann es aufs Flugzeug verlagert werden. So kann BER einer neuen Bestimmung zugeführt werden, als Einfallstor für Migration aus aller Welt. Aus rotgrüner Sicht wäre das sicherlich ein Happy End für das BER-Chaos.

### **Stupid German Money**

Speziell die grüne: Politik will für alles Limits und Grenzen setzen, für Emissionen, Temperaturen, Schadstoffe, nur für Übervölkerung und Migration nicht. Kosten spielen sowieso keine Rolle. Warum auch, Deutschland hat sich zurecht den Ruf erworben, dass es stupid German money herausrückt. Der Begriff stammt aus der Bankenkrise 2008, wo die deutschen Landesbanken sich dreiviertelfaule US-Immo-Verbriefungen andrehen ließen, bis Milliarden in dreistelliger Höhe verbrannt waren.

Stupid German money gibt es jetzt eben für alle, die kommen, um es sich abzuholen. Klug wäre es, das Geld zu den Leuten zu bringen, statt die Leute zum Geld. Vor Ort eingesetzt, würde mit demselben Geld zigmal mehr Menschen geholfen. Stupid, also dumm ist es, die Leute herzuholen, weil das Geld für den maximalen Overhead ausgegeben wird, also mit minimalem Wirkungsgrad.

Zudem kommen in den meisten Fällen Leute, die nicht über die hierzulande nötigen Qualifikationen verfügen. Die linksgrüne Ideologie wertschätzt sie trotzdem, wenn auch nicht mehr als Facharbeiter (sind sie ja nicht), auch kaum

mehr als Arbeitende (tun ja auch nur wenige), sondern aus Gründen der *Diversität*. In Wirklichkeit bedeutet Diversität, kulturfremden Einwanderern zu gestatten, dass sie sich nicht integrieren müssen. So werden immer mehr Schwerstintegrierbare angezogen, die nicht hierher passen, die oft nicht mal hierher passen wollen, die sich nicht an unsere Regeln halten wollen, die ihre eigenen Parallelgesellschaften haben wollen, die bloß stupid German money abgreifen wollen. Am Ende der linksgrünen Kulturrevolution steht das Sponsoring mit stupid German money für ausländische Kolonien in Deutschland.

**Bald wird man wissen, wie die neue deutsche Regierung es damit hält. Wie lernresistent wird sie ihre Willkommens-Ideologie durchsetzen? Open Border bis zum Volksaufstand? Oder gibt es Anzeichen für eine Vernunftwerdung?**

---